Fachverband Drogen- und Suchthilfe e.V.

Forderungspapier 06/26

Bessere Präventions- und Hilfeangebote für konsumierende junge Menschen sind notwendig und möglich!

Derzeit sind in mehreren zentralen Politikbereichen Reformen geplant, die erhebliche Auswirkungen auf die Schnittstelle von Jugend- und Suchthilfe haben könnten.

Die gestern von der **Expert*innenkommission Kinder-und Jugendschutz in der digitalen Welt** vorgestellten Handlungsempfehlungen unter den Überschriften **Schutz, Befähigung und Teilhabe** weisen grundsätzlich in die richtige Richtung. Unabhängig davon, welche Handlungsempfehlungen letztlch umgesetzt werden, wird jedoch entscheidend sein, wer dafür die Verantwortung übernehmen soll und welche finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Die Förderung eines medienkompetenten Umgangs kann nicht allein den Eltern überlassen werden. Insbesondere dort, wo Eltern nur über begrenzte zeitliche und finanzielle Ressourcen verfügen oder selbst einen problematischen Medienkonsum aufweisen, werden sie ihre Kinder nur eingeschränkt unterstützen können. Wenn zudem Kommunen und insbesondere Schulen nicht ausreichend ausgestattet werden, um umfassende, flächendeckende und langfristig wirksame Präventionsmaßnahmen umzusetzen, droht es hier bei gut gemeinten Appellen zu bleiben.

Durch den geplanten **Umbau im Gesundheitssystem** ist zu befürchten, dass insbesondere in Flächenländern weitere Krankenhausbetten abgebaut werden. Auch das könnte konsumierende Kinder und Jugendliche betreffen, da bereits seit Jahren ein Rückgang an Entgiftungsplätzen zu beobachten ist, vor allem für Kinder und Jugendliche. Gleichzeitig wachsen die Bedarfe an kinderpsychiatrischen Plätzen auch in anderen Problembereichen.

Der **Entwurf des neuen Kinder- und Jugendhilfegesetzes** sieht ebenfalls strukturelle Veränderungen vor, die maßgeblich von Einsparzielen geprägt sind.
Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) schreibt hierzu in ihrer Stellungnahme: „Wer Unterstützung für Kinder, Jugendliche und ihre Familien primär unter Einspargesichtspunkten betrachtet, verkennt Reichweite und Rang des staatlichen Auftrags. Kinder- und Jugendhilfe ist kein nach Kassenlage disponibler Leistungsbereich, sondern Teil der sozialen und rechtsstaatlichen Grundverantwortung des Staates. Einsparungen auf Kosten passgenauer Hilfen, verlässlicher Teilhabeleistungen und funktionierender Unterstützungsstrukturen erzeugen nicht weniger, sondern spätere und regelmäßig höhere Folgekosten.“
Mögliche Kürzungen individueller Hilfen würden auch die Schnittstelle zwischen Jugend- und Suchthilfe unmittelbar betreffen. Konsumierende Jugendliche und ihre Familien benötigen häufig passgenaue Unterstützungsleistungen auf Grundlage eines komplexen Hilfeplans, beispielsweise intensivpädagogische Einzelbetreuungen oder Hilfen zur Erziehung (nach SGB VIII, §§27 – 41).

Gleichzeitig zeigen aktuelle Entwicklungen, dass die Bedarfe nicht abnehmen.

Aktuelle Konsum- und Gefährdungstrends:
Alkohol und Tabak

- Die Zahl der Alkoholintoxikationen bei Kindern und Jugendlichen geht zwar zurück, dennoch bleibt Alkohol das am häufigsten konsumierte Rauschmittel in Deutschland.
- Das durchschnittliche Alter beim ersten Alkoholkonsum liegt bei 15,1 Jahren.
- Der erste Alkoholrausch wird durchschnittlich im Alter von 16,2 Jahren erlebt.
- Im Jahr 2024 mussten 8.781 Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 19 Jahren aufgrund einer Alkoholvergiftung stationär behandelt werden.
- Die Zahl der Alkoholintoxikationen sank bei den 10- bis 15-Jährigen von 3.999 Fällen im Jahr 2012 auf 1.419 Fälle im Jahr 2024.
- Bei den 15- bis 20-Jährigen ging die Zahl im gleichen Zeitraum von 22.674 auf 7.362 Fälle zurück.
- Der Tabakkonsum war in den vergangenen Jahren rückläufig, steigt inzwischen jedoch wieder an. Besonders E-Zigaretten und Vapes gewinnen an Bedeutung. Laut eines Berichts der WHO aus 2024 gaben 32 % der befragten 15-Jährigen an, schon einmal E-Zigaretten geraucht zu haben, 20 % von ihnen in den letzten 30 Tagen.

Mediennutzung und Glücksspiel:

- Im Jahr 2025 nutzten 91 Prozent der 12- bis 19-Jährigen mindestens eine KI-Anwendung.
- 74 Prozent verwendeten KI-Anwendungen für Hausaufgaben oder zum Lernen.
- Die Nutzung von KI zur Informationssuche stieg damit von 2024 auf 2025 um 27 Prozentpunkte.
- 98 % aller Jugendlichen benennen die Smartphone- Nutzung als beliebteste regelmäßige mediale Freizeitgestaltung.
- Diagnostizierte Internetnutzungsstörungen nehmen deutlich zu.
- Rund 1,4 Millionen Menschen in Deutschland leiden an einer diagnostizierten Glücksspielstörung.
- Sowohl bei Internetnutzungsstörungen als auch bei Glücksspielstörungen ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen.
- Gleichzeitig wachsen die Umsätze des Glücksspielmarktes kontinuierlich, 2025 um 20%.

Zum Cannabiskonsum:

- Der Cannabiskonsum unter jungen Menschen bleibt auf einem relevanten Niveau, ist jedoch rückläufig.
- Dieser Trend setzt sich auch nach Inkrafttreten des Konsumcannabisgesetzes (KCanG) fort.
- Bei den 12- bis 17-Jährigen haben 8,5 Prozent der Jungen und 6,2 Prozent der Mädchen mindestens einmal im Leben Cannabis konsumiert (Livetime-Prävalenz).
- Im letzten Jahr konsumierten 7,2 Prozent der Jungen und 4,6 Prozent der Mädchen Cannabis.
- Unter den 18- bis 25-Jährigen liegt die Livetime-Prävalenz bei den Männern bei 54,5 Prozent, bei den Frauen bei 40,6 Prozent.
- Im vergangenen Jahr konsumierten 31,6 Prozent der jungen Männer und 18,8 Prozent der jungen Frauen Cannabis.

Weitere Entwicklungen:

- Der Konsum von Opioid-Analgetika und synthetischen Drogen nimmt zu.
- Das Internet hat sich als zentraler Vertriebsweg für Drogen etabliert.
- Mischintoxikationen werden häufiger.
- Die Anzahl von Menschen, die nach Rauschmittelkonsum versterben, hat sich seit 2013 verdoppelt.
- Besonders besorgniserregend ist der Anstieg der Todesfälle unter jungen Konsumierenden.
- Während das Durchschnittsalter der Verstorbenen weitgehend konstant bleibt, wachsen sowohl die Gruppe der jüngeren als auch der älteren Konsumierenden unter den Verstorbenen
- Straftaten im Zusammenhang mit Cannabis gehen zurück.
- Straftaten im Zusammenhang mit LSD und Neuen Psychoaktiven Substanzen (NPS) nehmen dagegen zu.

Handlungsbedarf

Kinder und Jugendliche sind heute vielfältigen Konsum- und Suchtrisiken ausgesetzt. Neben klassischen Suchtmitteln gewinnen digitale Angebote, soziale Medien, Glücksspiele und neue psychoaktive Substanzen zunehmend an Bedeutung.
Die Folgen reichen von Orientierungsproblemen und Realitätsverlust bis hin zu psychischen Erkrankungen, sozialem Rückzug, Suizidalität und drogenbedingten Todesfällen. Besonders hoch ist das Risiko bei jungen Menschen, die zusätzlich belastende oder traumatische Erfahrungen gemacht haben.

Eine besondere Dynamik entsteht an der digitalen Schnittstelle. Der Drogenhandel verlagert sich zunehmend in anonyme Onlineshops, soziale Medien und Messenger-Dienste, über die Substanzen unter harmlos klingenden Namen im clearnet angeboten werden. Damit erhalten insbesondere junge Erstkonsumierende, ohne das in der Szene weitergegebene Schutzwissen, direkten Zugang zu hochpotenten Stoffen wie synthetischen Opioiden. Die gängigen toxikologischen Untersuchungen erfassen viele dieser Substanzen nicht, was die Notfallversorgung und Behandlungen erschwert oder unmöglich macht. Das erhöht das Risiko an Todesfällen durch den möglicherweise unwissentlichen Konsum hochpotenter oder neuartiger Substanzen, insbesondere im Zusammenhang mit dem zunehmenden Mischkonsum.

Zahlreiche Studien belegen, dass Prävention und Frühintervention wirksam sind. Sie reduzieren individuelles Leid und vermeiden erhebliche gesellschaftliche Folgekosten. Investitionen in soziale und gesundheitliche Unterstützungssysteme zahlen sich nachweislich aus.
Aktuelle Untersuchungen zeigen, dass jeder in die Sozialwirtschaft investierte Euro bereits innerhalb des ersten Jahres einen Rückfluss von 51 Cent für die öffentliche Hand erzeugt.
Für die Suchthilfe gilt dies in besonderem Maße, da neben Kosten im Gesundheits- und Sozialsystem auch Aufwendungen für Strafverfolgung, Justiz und soziale Folgeschäden reduziert werden. Die SROI-Studie zur ambulanten Suchtberatung in Bayern kommt zu dem Ergebnis, dass durch die Inanspruchnahme einer ambulanten Suchtberatung durchschnittlich gesellschaftliche Folgekosten in Höhe von 22.691 Euro pro Person vermieden werden können.

Trotz dieser Erkenntnisse existiert bislang kein verbindlicher Sicherstellungsauftrag für die Finanzierung von Prävention und Suchthilfe. Angebote an der Schnittstelle von Jugend- und Suchthilfe werden vielerorts nicht ausgebaut, sondern reduziert. Gleichzeitig fehlt es in Deutschland weiterhin an ausreichenden Entgiftungs- und Behandlungsplätzen für junge Menschen.

Der fdr+ fordert daher:

- flächendeckende Präventions- und Frühinterventionsangebote für alle Kinder und Jugendlichen,
- den Ausbau aufsuchender Sozialarbeit im digitalen Raum einschließlich niedrigschwelliger Beratungsangebote zu Konsum und Sucht, z.B. nach Vorbild des trägerübergreifenden Digi Street in Bayern.
- den Ausbau intensivpädagogischer Einzel- und Gruppenbetreuungen für konsumierende Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene,
- den Ausbau von Hilfen zur Erziehung für konsumierende Eltern,
- den Aufbau eines bundesweit koordinierten Früherkennungs- und Monitoringsystems für Neue Psychoaktive Substanzen, das an das EU-Frühwarnsystem der EUDA anschließt,
- die Einrichtung einer bundeszentralen Stelle, die analog zur Pharmakovigilanz bei zugelassenen Arzneimitteln, Behandlungs- und Notfallwissen zu Intoxikationen außerhalb der Patientenakte sammelt und der medizinischen Versorgung zugänglich macht,
- den Ausbau spezialisierter Entgiftungsplätze für Kinder und Jugendliche,
- den Ausbau stationärer Rehabilitationsangebote für Kinder und Jugendliche, auch für junge Menschen, die noch kein Abstinenzziel formulieren können.

Nur durch frühzeitige Unterstützung, passgenaue Hilfen und eine verlässliche Infrastruktur können junge Menschen wirksam geschützt und in ihrer Entwicklung gestärkt werden.

Erfurt, 25.06.2025
Gez. Eva Egartner
Geschäftsführerin

Quellenangaben:

- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. (BAGFW) (2026): Stellungnahme zum Referentenentwurf „Erstes Kinder- und Jugendhilfestruktur-reformgesetz (1. KJHSRG)“
- Bundeskriminalamt (BKA) (2024): Bundeslagebild Rauschgiftkriminalität 2024: Weiterhin hohe Verfügbarkeit von Betäubungsmitteln.
- Der Beauftragte der Bundesregierung für Sucht- und Drogenfragen 2024: Zahl der Drogentoten in Deutschland weiter angestiegen https://www.bundesdrogenbeauftragter.de/presse/detail/zahl-der-drogentoten-in-deutschland-weiter-angestiegen/
- Entwicklung stärken, Verantwortung übernehmen (2026): Handlungsempfehlungen der unabhängigen Expertenkommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“ https://www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/290236/32c7a742b1ee00b498fca42c37784c99/20260624-handlungsempfehlungen-expertenkommission-kinder-und-jugendmedienschutz-data.pdf

- EUDA (European Union Drugs Agency) (2026): Europäischer Drogenbericht 2026 – Trends und Entwicklungen.
- Halfar (2025): Wirkung statt Kürzung – Pankows Sozialausgaben als Investition
- LGL (2022): Analyse zur Wertschöpfung der amb. Suchtberatung in Bayern
- Manthey et al. (2026): Evaluation des Konsumcannabisgesetzes (EKOCAN): 2. Zwischenbericht
- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) (2024): JIM-Studie 2024 - Jugend, Information, Medien
- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) (2025): JIM-Studie 2025 - Jugend, Information, Medien
- Orth, B.; Nitzsche, A. (2025): Die Drogenaffinität Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland 2025: Cannabis – aktuelle Entwicklungen und Trends (BIÖG-Forschungsbericht). Köln: Bundesinstitut für Öffentl. Gesundheit
- Rummel et. al. (2026): DHS Jahrbuch Sucht 2026
- WHO Europa (2024): https://www.who.int/europe/de/news/item/25-04-2024-alcohol--e-cigarettes--cannabis--concerning-trends-in-adolescent-substance-use--shows-new-who-europe-report